

## "EU-Mikado" in Die Presse (1. März 1999)

**Quelle:** Die Presse. 01.03.1999. Wien.

**Urheberrecht:** (c) Die Presse

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"eu\\_mikado"\\_in\\_die\\_presse\\_1\\_marz\\_1999-de-2988da87-13c9-4006-a4d6-2e0b103e7ebd.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 19/09/2012

## EU-Mikado

### Von Wolfgang Böhm

Wer kennt nicht das Spiel mit den kleinen Stäben, die wirr auf dem Tisch liegen. Mikado: Es ist ein Spiel, bei dem die Teilnehmer das Chaos möglichst vorsichtig beseitigen müssen. Wer sich zu heftig bewegt, hat verloren.

Den 15 Regierungen der Europäischen Union geht es derzeit ähnlich. Vor ihnen liegt ein wirrer Haufen schwieriger Reformvorhaben. Noch traut sich keiner hineinzugreifen, denn er kann dabei nur verlieren. So sitzen alle - wie kürzlich am Petersberg - einstweilen nur regungslos im Kreis, sprechen viel, handeln wenig.

Wie bei Mikado hängt alles irgendwie zusammen: Das gemeinsame Sparen, die Reform der Landwirtschaftspolitik, eine faire Lastenverteilung und dazu eine Menge nationaler Positionen. Um das alles auseinander zu klauen, braucht es viel Fingerspitzengefühl und Taktik.

Das Schwierige daran ist, daß es im Gegensatz zum Mikado-Spiel hier nicht nur darum geht, daß ein einzelner gewinnt, sondern daß auch ein gemeinsames Vorhaben gelingen soll. Denn es geht letztlich darum, die Union für die Zukunft zu rüsten. Die Landwirtschaft muß umgestaltet werden, damit sie auf dem Weltmarkt bestehen kann. Die Förderpolitik muß reformiert werden, um die große Aufgabe der Osterweiterung zu bewältigen. Und das alles soll in einem finanziellen Rahmen geschehen, der die nationalen Haushalte nicht allzu sehr belastet.

Zwar haben alle 15 Mitspieler verstanden, daß diese Reformen notwendig sind. Doch keiner will einsehen, daß ein solches Vorhaben auch Solidarität verlangt. So dominieren wie so oft in Europa nationale Positionen. Da bangt etwa Spanien um seine Milliarden aus dem Kohäsionsfonds und möchte nicht einsehen, daß dieser Fonds nur als vorübergehendes Instrument eingerichtet worden ist. Da bangen Frankreich und Dänemark um ihre immensen Agrarförderungen aus Brüssel, die sie sich durch eine geschickte Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion zugeschanzt haben, und wehren sich gegen ein Modell, das auch eine nationale Kofinanzierung vorsieht. Da bangt Großbritannien um seinen Rabatt und sagt „Hände weg!“ von dieser völlig unfairen Sonderregelung. Da protestiert Deutschland gegen seinen hohen Mitgliedsbeitrag und hat kein Einsehen, wenn argumentiert wird, daß es ja auch mehr als alle andere Mitgliedsstaaten vom gemeinsamen Markt profitiert. Die jüngsten Äußerungen des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder sind für die Situation in der EU symptomatisch. Er macht kein Hehl mehr daraus, daß es ihm in erster Linie darum geht, „deutsche Interessen“ künftig in der EU stärker durchzusetzen. Er meint damit wohl, Deutschland soll künftig weniger zahlen und noch mehr profitieren. Was für einen angeschlagenen Bundeskanzler in der Heimat gut klingen mag, stellt aber die ganze Reform in Frage. Denn bei der Agenda 2000 geht es letztlich nicht darum, daß Einzelstaaten gewinnen, sondern daß alle von der Ausweitung und Perfektionierung des Binnenmarkts profitieren. Die Alternative ist der Verzicht auf die Erweiterung samt allen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Konsequenzen.

Daß im Rahmen der Reform auch mit alten Privilegien aufgeräumt werden muß, steht hingegen außer Frage. Vor allem muß beseitigt werden, was durch politische Erpressung einmal einzelnen Staaten zugestanden worden ist: Das betrifft den Kohäsionsfonds, einst ein politisches Gegengeschäft für die Zustimmung Spaniens und anderer ärmerer EU-Staaten zum EWR, genauso wie den britischen Rabatt, einst ein Zugeständnis an Margaret Thatcher, damit sie nicht länger die Entscheidungen der Gemeinschaft blockiert. Doch auch hier gilt: Wer diese Stäbchen zu früh angreift, droht das gesamte Reformbauwerk zu gefährden.